

Inhalt

- | | |
|------|---|
| 1-4 | Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Statistik Kommunal Finanzen 2015 • Städtetag begrüßt EuGH-Urteil zur Zulässigkeit von Wohnsitzauflagen • Urbane Agenda des Deutschen Städtetages für die Europäische Union • Stadtumbauprogramme Ost und West aufwerten |
| 5-10 | Forum <ul style="list-style-type: none"> • Zuwanderung als Chance für Sachsen
Von Burkhard Jung • Neues Städtenetzwerk für mehr Bio
Von Dr. Ulrich Maly und Dr. Peter Pluschke |
| 11 | Aus den Städten |
| 11 | Fachinformationen |
| 14 | Personalien |
| 16 | Termine |

Trotz Mehreinnahmen: Haushaltssituation schwierig – steigende Sozialausgaben

Die aktuellen Zahlen zu den Kommunal финанzen im Jahr 2015 sind nach Auffassung des Deutschen Städtetages vor allem Beleg der guten Konjunkturlage in Deutschland. Das erfreuliche Einnahmepplus ist allerdings zu gering, als dass die Kommunen damit ihre Leistungen etwa für die Integration finanzieren oder die kommunale Verschuldung und Defizite bei der kommunalen Infrastruktur entscheidend abbauen könnten. Vielmehr bereitet den Städten Sorge, dass die Sozialausgaben der Kommunen deutlich steigen und die Unterschiede zwischen strukturschwachen und strukturgefestigten Städten weiter zunehmen.

Zu den Ende März veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes erklärte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen: „Der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Überschuss von rund 3,2 Milliarden Euro für die Gesamtheit der kommunalen Kern- und Extrahaushalte ist eine erfreuliche Folge der guten konjunkturellen Lage. Der Anstieg der Einnahmen um 7,7 Prozent darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialausgaben der Kommunen sehr massiv um 4,4 Milliarden Euro bzw. 9 Prozent auf 54 Milliarden Euro angestiegen sind. Hohe Sozialausgaben sind vor allem für viele Städte mit schwieriger Haushaltssituation eine enorme Belastung. Eine Vielzahl dieser Kommunen bleibt weit davon entfernt, aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.“

Der Anstieg bei den Sozialausgaben der Kommunen fällt mit 9 Prozent deutlich höher aus als in den vergangenen Jahren, dabei spielen die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine besondere Rolle. Überproportionale Steigerungen der Sozialausgaben befürchtet der Deutsche Städtetag auch für die Zukunft. Besonders Städte mit schwieriger Haushaltssituation laufen Gefahr, bei verstärktem Zuzug von anerkannten Flüchtlingen und gleichzeitig steigenden Sozialausgaben überfordert zu werden. „Finanziell überlastete Kommunen müssen ihre ohnehin niedrigeren Ausgaben an vielen Stellen einschränken, um die Defizite zu reduzieren. Diese Problematik trifft nicht einzelne wenige Städte, sondern ist in mehreren Bundesländern zu beobachten“, sagte Lohse.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Städte brauchen für die Mammutaufgabe Integration eine angemessene Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Kosten für Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen in die Stadtgesellschaften werden steigen. Wie auch das Statistische Bundesamt betont, sind viele Investitionsmaßnahmen zur Unterbringung von Schutzsuchenden noch nicht in der Kassenstatistik für das Jahr 2015 enthalten. Deshalb erneuern die Städte ihre Forderung, sie bei der Integration stärker zu unterstützen.

„Bund und Länder sollten die gute wirtschaftliche Lage nutzen und die Kommunen von maßgeblichen Kosten durch den Flüchtlingszuzug für Integration und soziale Leistungen entlasten. Die Kommunen müssen in diesem Jahr zum Beispiel mit zusätzlichen Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber in Milliardenhöhe rechnen. Diese Ausgaben durch den Flüchtlingszuzug sollte der Bund voll übernehmen, damit die Kommunen nicht überfordert werden“, so die Städtetagpräsidentin.

Deutscher Städtetag begrüßt Urteil des EuGH als Beitrag zur rechtlichen Klarstellung der Zulässigkeit von Wohnsitzauflagen

Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu Wohnsitzauflagen Anfang März erklärte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse:

„Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Zulässigkeit von Wohnsitzauflagen ist für die Städte eine wichtige Entscheidung. Damit die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft gelingt, müssen wir vermeiden, dass die Integrationsaufgaben ganz überwiegend in den Großstädten und Ballungszentren wahrgenommen werden müssen, weil es dort besonders viele Menschen hinzieht. Deshalb brauchen wir eine Möglichkeit, für eine gewisse Zeit den Wohnort der Menschen festzulegen, die als Flüchtlinge oder Asylbewerber anerkannt worden sind und Sozialleistungen beziehen, weil sie noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben.

Der EuGH stellt in seinem Urteil fest, dass Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge zulässig sind, wenn damit verhindert werden soll, dass sich diese Menschen ohne Erwerbseinkommen in bestimmten Gebieten konzentrieren und soziale Brennpunkte mit ihren negativen Auswirkungen auf die Integration entstehen. Als

weiteres zulässiges Kriterium wird genannt, Menschen mit besonderem Integrationsbedarf an einen bestimmten Wohnort zu binden, damit sie dort von den Integrationsangeboten Gebrauch machen können. Dies gilt allerdings nur, wenn die Situation der Flüchtlinge mit der anderer Ausländer in dieser Hinsicht objektiv nicht vergleichbar ist. Das dürfte nach Auffassung des Deutschen Städtetages der Fall sein, muss nun aber vom Bundesverwaltungsgericht geklärt werden.

Befristete Wohnsitzauflagen sind – wie von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien angestrebt – europarechtlich grundsätzlich möglich. Ziel dieser Wohnsitzauflage ist eine Steuerung, um die Integration von anerkannten Flüchtlingen, die über kein eigenes Einkommen verfügen, gewährleisten zu können. Nach Auffassung des Städtetages sollten Wohnsitzauflagen so ausgestaltet sein, dass sie insbesondere die örtlichen Möglichkeiten zur Ausbildung bzw. zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und zur Verfügbarkeit von Wohnraum berücksichtigen. Das heißt, es sollte darum gehen, Integration auch da außerhalb der Ballungsräume zu ermöglichen, wo solche Voraussetzungen gegeben und entsprechende Kapazitäten vorhanden sind.“

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik „Publikationen“ registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Städtetag veröffentlicht urbane Agenda für die Europäische Union – Kompetenz der Städte für bürgernahe Politik nutzen

Der Deutsche Städtetag hat eine urbane Agenda für die Europäische Union veröffentlicht und appelliert an die EU, das Potenzial und die Erfahrungen der Städte besser zu nutzen und zu beachten, um die europäische Politik bürgernäher zu gestalten. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen, Dr. Eva Lohse, sagte nach Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission sowie Europaabgeordneten Anfang April in Brüssel: „Europa ist ein Kontinent starker Kommunen. Bürgernähe realisiert sich vor Ort in den Städten. Deshalb ist es für eine erfolgreiche EU-Politik unverzichtbar, die Erfahrungen und das Potenzial der Städte zu nutzen und die Interessen und Bedürfnisse der Kommunen stärker zu beachten“. Die urbane Agenda des Deutschen Städtetages für die Europäische Union formuliert Sichtweisen, Perspektiven und Erwartungen der deutschen Städte zur europäischen Politik. Erste Ansatzpunkte für eine europäische urbane Agenda sollen im Pakt von Amsterdam von Vertretern der EU-Mitgliedstaaten Ende Mai verabschiedet werden.

Fast 75 Prozent der Menschen in der EU leben in Städten. In den Städten werden rund 80 Prozent des europäischen Sozialprodukts generiert. Etwa 70 Prozent der Regelungen, die die Kommunen umsetzen, haben europäischen Ursprung. „Viele der europäischen Zielsetzungen lassen sich nur in den und mit Hilfe der Städte umsetzen. Damit ist Kommunalpolitik auch Europapolitik und umgekehrt. Um die großen europäischen Herausforderungen zu bewältigen, braucht es die Zusammenarbeit aller politischen Ebenen. Die Kommunen können einen wichtigen Beitrag leisten, beispielsweise um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, Beschäftigungsprogramme umzusetzen, Integration zu leben oder die Flüchtlingsaufnahme zu organisieren. Damit die Städte handlungsfähig bleiben, müssen allerdings auch die kommunalen Realitäten und Möglichkeiten sowie die kommunale Selbstverwaltung von der Europäischen Union und insbesondere in der europäischen Gesetzgebung besser berücksichtigt werden“, so Städtetagspräsidentin Lohse. Die urbane Agenda des Deutschen Städtetages für die Europäische Union zeigt auf, wie dies aus der Sicht der deutschen Städte zu erreichen ist.

Die deutschen Städte fordern beispielsweise die EU auf, das Erbringen öffentlicher kommunaler Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger (Versorgung mit Wasser, Energie und Infrastruktur; Entsorgung von Abfall und Abwasser; öffentlicher Personennahverkehr usw.) als einen wichtigen Bestandteil einer urbanen Agenda der EU anzuerkennen und den weiten Ermessensspielraum der Kommunen bei der Erbringung dieser Leistungen zu respektieren, so wie es der EU-Vertrag von Lissabon vorsieht.

Bei den aktuellen Themen Flüchtlingsversorgung und Integration fordert der Deutsche Städtetag als kommunaler Spitzenverband mit Blick auf Europa:

- Die EU muss sich für eine einheitliche Politik einsetzen, die das Ziel hat, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Bedingungen für Flüchtlinge in den Nachbarländern der Hauptherkunftsländer merklich zu verbessern.
- Die Verständigung der EU-Mitgliedsstaaten mit der Türkei vom 17./18. März ist ein Schritt, um den Flüchtlingszuzug besser zu steuern und Zuwanderung zu reduzieren. Die verabredeten Maßnahmen müssen konsequent umgesetzt werden.
- Die Einrichtung von Registrierungscentren an den EU-Außengrenzen in Italien und Griechenland muss entschlossen fortgesetzt werden. Auch der Schutz der Außengrenzen ist elementar.
- Ziel muss weiterhin eine funktionierende EU-weite Verteilungsregelung für Flüchtlinge sein.
- Die Städte sind der Ort, wo gesellschaftliche Integration praktiziert wird. Damit Integration gelingt, brauchen die Städte Unterstützung durch Bund und Länder sowie durch europäische Rahmenbedingungen wie oben angesprochen.

Die „Urbane Agenda des Deutschen Städtetages für die Europäische Union“ steht im Bereich Publikationen, Beiträge zur Stadtpolitik kostenfrei zum Download zur Verfügung unter www.staedtetag.de/publikationen/beitraege.

Stadtumbauprogramme Ost und West aufwerten – spezifische Ostförderung bleibt auch in Zukunft nötig

Die ostdeutschen Städte sehen auch in den kommenden Jahren erheblichen Bedarf für den Stadtumbau in den neuen Ländern. Laut aktuellen Untersuchungen entwickeln sich die Bevölkerungszahlen, die Anzahl der Haushalte, die Nachfrage nach Wohnungen und der Wohnungsleerstand in Ost und West weiterhin sehr unterschiedlich. Für Ostdeutschland werden ein deutlicher Bevölkerungsrückgang und ein viel höherer Wohnungsleerstand prognostiziert. Die ostdeutschen Städte appellieren deshalb an den Bund, ihre besondere Situation auch in Zukunft innerhalb eines von der Bundesregierung angestrebten, gesamtdeutschen Stadtumbauprogrammes zu berücksichtigen. Finanziell gefördert werden müsse weiterhin der Rückbau von Wohnungen in Ostdeutschland. Zudem müssten auch in Zukunft strukturell gefestigte und wachsende Städte unterstützt werden.

Im Anschluss an die Konferenz der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Städte in den neuen Ländern Mitte März in Gotha sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy: „Stadtumbau bleibt für viele Städte in Ost und West in den kommenden Jahren ein wichtiges Thema. Wir müssen abwarten, wie sich eine zeitlich befristete Wohnsitzauflage für Flüchtlinge auswirkt und den Wohnungsleerstand möglicherweise verringert. Auf jeden Fall wird es jedoch auch in Zukunft Bedarf für besondere Finanzhilfen des Bundes für den Stadtumbau im Rahmen der Städtebauförderung geben. Spezifische Förderung für Ostdeutschland wird weiter gebraucht werden, weil auch mit Wohnsitzauflagen Rückbau von Wohnungen nötig bleibt.“

Nach aktuellen Prognosen werden bis 2030 für Ostdeutschland – mit Ausnahme weniger Regionen – nahezu flächendeckend Leerstandsquoten von deutlich über 10 Prozent erwartet, in weiten Teilen sogar von über 20 Prozent. Deshalb ist hier der Rückbaubedarf im Vergleich zu Westdeutschland hoch. Um das Leerstandsniveau von Ende 2014 zu halten, müsste in Ostdeutschland bis 2030 die Zahl der Wohneinheiten um rund 624.000 verringert werden. Dem steht in Westdeutschland ein Rückbaubedarf von insgesamt 60.000 Wohneinheiten bis 2030 gegenüber. Bei den Prognosen zum Rückbaubedarf ist die Wohnungsnachfrage durch Flüchtlinge noch nicht berücksichtigt.

Innerhalb Ostdeutschlands überwiegen die Regionen mit Wohnungsleerstand, doch gibt es auch hier Unterschiede zwischen schrumpfenden und wachsenden Städten. Die ostdeutschen Städte erwarten angesichts der Dimension des künftigen Wohnungsleerstandes in Ostdeutschland, dass der Bund bei seiner Förderung das Leistungsvermögen der betroffenen Kommunen beachtet, hob Ralf Oberdorfer, Oberbürgermeister von Plauen und Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages hervor: „Damit beim Rückbau besonders geforderte ostdeutsche Städte hinreichend agieren können, ist es wichtig, dass der Bund keinen kommunalen Mindestanteil als Fördervoraussetzung festschreibt. Und damit auch Kommunen beteiligt sein können, die sich in der Haushaltssicherung befinden, sollte die teilweise Übernahme des kommunalen Eigenanteils durch Dritte im neuen Stadtumbauprogramm bestehen bleiben. Außerdem sollte ein gesamtdeutsches Stadtumbauprogramm ermöglichen, dass ostdeutsche Städte Altbauten sichern, sanieren und zum Teil auch erwerben können.“

Auch der spezifische Förderbedarf von stabilisierten ostdeutschen Städten mit stagnierenden Einwohnerzahlen und von eher prosperierenden ostdeutschen Städten müsse bei künftigen Stadtumbauprogrammen berücksichtigt werden, betonte Oberbürgermeister Knut Kreuch aus Gotha: „Der tiefgreifende demografische und wirtschaftliche Wandel unserer Kommunen zwingt uns, Lösungen vor allem durch den Stadtumbau zu erarbeiten. In den vergangenen 25 Jahren haben wir in Gotha mit rund 114 Millionen Euro Fördermitteln und weiteren rund 19 Millionen Euro aus städtischen Mitteln in die Stadtsanierung und den bedarfsgerechten Stadtumbau investiert. Trotz einer gewaltigen Größenordnung an Bauleistungen sind auch nach 25 Jahren nicht alle Aufgaben erledigt. Die demografische Entwicklung hat sich bei uns in Gotha zwar stabilisiert, aber uns beschäftigt der Bedarf an niveaувollem und barrierefreiem Wohnen weit mehr als zum Beispiel vor zehn Jahren. Diese Entwicklung ist sicher kein spezifisches Problem des Ostens, sondern ist in Nord, Süd und West ähnlich gelagert. Ohne die finanzielle Unterstützung des Bundes im Bereich der Städtebauförderung können die Kommunen diese gewaltige Herausforderung nicht leisten und so kommt diesen Förderprogrammen auch in Zukunft eine sehr große Bedeutung zu.“

Zuwanderung als Chance für Sachsen

Von Burkhard Jung

Drei Millionen Menschen. Das ist keine neue Flüchtlingsprognose, sondern das ist die nüchterne Zahl der Menschen, die im Jahr 2060 noch in Sachsen leben werden, folgt man der Hochrechnung des Statistischen Landesamtes in Kamenz, das sich mit der Bevölkerungsentwicklung im Freistaat seit Jahren beschäftigt. Drei Millionen Menschen, das bedeutet, dass innerhalb von ein bis zwei Generationen die Einwohnerzahl in Sachsen um eine Million Menschen sinken wird. Heute leben zwischen Leipzig und Görlitz noch rund 4 Millionen Menschen – und es waren auch schon einmal mehr, das ist kein Geheimnis. Betrachtet man noch die Sondereffekte der großen Städte und ihrer Ballungsräume – Leipzig beispielsweise wächst rasant um netto rund 15.000 Personen pro Jahr – dann lässt das für die Landkreise keine rosige Zukunft erwarten. Und einmal schrumpfende Region werden von selbst immer kleiner: die Menschen, die dort nicht mehr leben, bekommen dort auch keine Kinder. Wenn nichts passiert, wenn keine Menschen zuwandern, dann werden wir in wenigen Jahrzehnten in einigen Landstrichen sehr viel Platz haben. Einige ländliche Regionen werden einen großen Teil ihrer Einwohner verlieren. Und wo kaum noch Menschen sind, gibt es keine Wertschöpfung, keine Wirtschaftsleistung, kein Steueraufkommen. Und damit auch keine Chance auf eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie sie das Grundgesetz vorsieht.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte herrscht oftmals die simple Gleichung vor: viele Menschen = große Probleme. Betrachten wir die Entwicklung demographisch und wirtschaftlich, dann müssen wir die Gleichung ganz anders aufmachen. Weniger Menschen bedeutet nämlich meist auch wirtschaftliche Rezession. Es ist doch kein Zufall, dass die boomenden Regionen in Deutschland die sind, die ein rasantes Bevölkerungswachstum verzeichnen: München, Frankfurt am Main, Hamburg, endlich auch Leipzig. Die Frage, ob eine Region prosperiert, weil viele Menschen hinzuziehen, oder ob die Menschen kommen, weil die Wirtschaft floriert, ist nebensächlich. Das eine bedingt das andere, es ist ein Wechselspiel. Das bedeutet aber auch: Ohne das eine wird es das andere nicht geben. Wer durch Leipzig geht, sieht mittlerweile an vielen Geschäften Aushänge „Mitarbeiter gesucht“. Das ist

neu, vor einigen Jahren gab es das bei uns so gut wie nicht. Wir haben in Leipzig unsere Arbeitslosigkeit halbiert bei gleichzeitig starkem Bevölkerungswachstum. Und ich bin mir sicher: Ohne dieses starke Wachstum hätte es den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt nicht gegeben. In vielen ländlichen Regionen gibt es die Schilder „Mitarbeiter gesucht“ nicht; der Pizza-Fahrer wird nicht gesucht, weil es den Pizza-Bringdienst gar nicht erst gibt; weil niemand da ist, der Pizza bestellt.

Und wenn wir jetzt auf die Flüchtlingssituation schauen, dann gilt ein ziemlich simple Wahrheit: Für die Wirtschaft ist es nebensächlich, wer da kommt, solange er Leistungsbereitschaft, Mut, Optimismus und Kreativität mitbringt. Die Herkunft ist nicht entscheidend. Man stelle sich vor, Leipzig hätte als internationaler Handelsplatz in den vergangenen Jahrhunderten die Zuwanderer nach Nationalitäten unterschieden. Wir wären eine kleine Stadt an einer Straßenkreuzung geblieben, das Geschäft hätten andere gemacht. Nutzen wir also in ganz Deutschland und Sachsen die Chance der Zuwanderung.

Nationalitäten sind nebensächlich, Integration ist es hingegen nicht. Ich verstehe sie als ein Aufeinander-Zugehen, nicht als ein Aufsaugen. Jeder gibt, jeder nimmt. Um beim Pizza-Beispiel zu bleiben: Die würde es heute bei uns nicht geben, wenn die Deutschen in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren gesagt hätten: Pizza? Interessiert mich nicht. Haben sie aber nicht, bei allen Problemen, bei allen Vorurteilen und allen Fehlern, die damals gemacht worden sind, gab es doch immer eine Grundoffenheit. Wer ist der Neue, was kann er, was bringt er mit? Und natürlich auch: wie kann ich selbst profitieren? Aus diesen „Neuen“ sind im Laufe der Jahrzehnte kräftige Steuerzahler geworden. Die 6,6 Millionen Migranten in Deutschland zahlten im Jahr 2012 gut 22 Milliarden Euro mehr an Steuern an den Staat, als an sie an Transferzahlungen zurückfloss (vgl. Prof. Dr. Holger Bonin „Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt“).

Integration beginnt bei der Sprache. Wir schreiben gesetzlich fest „Die Amtssprache ist deutsch“, und daraus kann nur folgen, dass es unsere erste Aufgabe ist,

Flüchtlingen unsere Sprache auch beizubringen. Wir können von niemandem erwarten, dass er Behördenbriefe auf Deutsch versteht und uns gleichzeitig nicht darum kümmern, wie er und sie die Sprache lernen. Unser Blick muss sich auf die Schulen richten, auf die Grundschulen, die Oberschulen, die Berufsschulen und die Volkshochschulen. Wir Kommunen sind also gefordert, Klassenzimmer bereitzustellen, der Freistaat ist in der Pflicht, die Lehrer einzustellen.

Und über die Sprache lernen sich auch unsere Werte. Indem jemand den deutschen Begriff „Gleichberechtigung“ lernt, ist er auch gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen. Was bedeutet dieses Wort, warum ist es uns so wichtig? Die Vermittlung unserer Werte beginnt mit der Sprache. Wer in seiner Muttersprache das Wort „Gleichberechtigung“ vielleicht gar nicht kennt, wird uns nie verstehen. Zur Integration gehört, den Neuankömmlingen auch Grenzen aufzuzeigen. Um es zuzuspitzen: Anhand des Wortes „Gleichberechtigung“ kann man auch das deutsche Wort „Strafgesetzbuch“ erklären.

Integration bedarf auch der Offenheit, Probleme anzusprechen. Wir müssen uns trauen zu sagen, was wir nicht akzeptieren und wir dürfen uns nicht davor scheuen, Konsequenzen anzudrohen und auch umzusetzen. Einen Unterschied mache ich, ob Probleme angesprochen, oder ob plumpe Parolen gegrölt werden. Auf plumpe Parolen folgen immer ebenso plumpe Lösungen, und die sind immer falsch. „Grenzen zu!“ klingt so schön einfach – und dann? Diese Antwort passt auf kein Transparent, man kann sie nicht von Tribünen brüllen, und die allermeisten sind auch zu bequem, sie in die Kommentarspalte bei facebook zu tippen. Soziale Medien sind wie geschaffen für schnelle Parolen, bei tiefgreifenden Problemen sind sie nutzlos. Indem man sich gegenseitig anschreit, hat noch nie jemand ein Problem gelöst, das gilt ganz wörtlich wie auch im virtuellen Raum.

Nicht nur die Flüchtlinge, auch wir müssen unsere Sprache (wieder)finden. Und ganz besonders wir Kommunalpolitiker sind gefordert. Sprachlosigkeit wird uns nicht weiterhelfen. Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesen Fragen nichts zu sagen haben, dann werden andere sehr schnell dieses Vakuum füllen. Dresden erlebt das jeden Montag, und auch kleinere Städte machen ihre ganz eigenen Erfahrungen mit den „besorgten Bürgern“. Unsere Aufgabe ist es nicht, den Bürgern nach dem Munde zu reden, aber unsere Aufgabe ist es, ihre Ängste und Argumente ernst zu

nehmen. Unsere Aufgabe ist nicht, die Probleme zu betonen, sondern wir müssen Lösungen bieten. Wer als Bürgermeister oder Landrat den Bürgerinnen und Bürgern mit Mutlosigkeit und Resignation in diesen Fragen begegnet, der muss sich über allmorgentliche Aufmärsche nicht wundern. Das richtige Wort zu finden und den richtigen Ton zu treffen, ist nicht immer einfach – ich schließe mich da ein. Aber wir müssen es wenigstens versuchen.

Zuwanderung kann ein Gewinn sein. Sie ist es nicht per se, es ist an uns, die Rahmenbedingungen zu gestalten. Neben der Sprache ist es der Arbeitsmarkt, den wir auf die neue Situation einstellen müssen. Das Prinzip „Gesellenbrief“ ist in den allermeisten Ländern dieser Erde nicht bekannt. Und Integration kann nicht heißen, dass wir uns von diesem Erfolgsmodell verabschieden, es muss aber heißen, es zu öffnen.

Die Integration wird misslingen, wenn wir Menschen wirtschaftlich keine Perspektive aufzeigen können. Wer merkt, dass er trotz Begabung und Fleiß nie mehr sein wird als ein Hilfsarbeiter, der wird resignieren. Aber über Hilfstätigkeiten kann bei vielen Zuwanderern der Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingen.

In Leipzig gibt es momentan rund 3700 gemeldete freie Stellen (2009 waren es rund 1800), ein Großteil davon in Industrie, Logistik und Gastronomie. Wer jetzt auf Formalitäten pocht, wird ein Großteil der Menschen – übrigens sind davon auch viele Deutsche betroffen – ausgrenzen. Wenn es aber gelingt, neue Formen des Zugangs zum Arbeitsmarkt zu finden, die gleichzeitig auch die Chance zur Qualifizierung bieten, dann ist allen geholfen, den Arbeitgebern ebenso wie ausländischen und deutschen Arbeitslosen.

Die Situation wird verkompliziert dadurch, dass keine bildungshomogene Gruppe zu uns kommt. Es sind nicht nur Herzchirurgen oder Ingenieure aus Syrien, die bei uns um Asyl bitten. Ebenso müssen wir dem verfolgten Arbeiter aus dem Irak und dem Analphabeten aus Eritrea eine Zukunft bieten. Und zur Wahrheit gehört: Ein 40-jähriger ungelernter Analphabet wird auf dem deutschen Arbeitsmarkt aller Wahrscheinlichkeit nach keine Chance haben, jemals selbst für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Aber das ist erst dann schlimm, wenn wir versuchen, es zu verheimlichen, wenn bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck entsteht, wir verschließen unseren Blick vor unangenehmen Wahrheiten. Ökonomisch können wir es uns als reichstes Land Europas natürlich leisten, auch für

vielleicht chancenlose Menschen, die ihre Heimat vor Krieg und Verfolgung verlassen haben, zu sorgen. Wir müssen nur den Mut haben, das zu sagen: Ja, wir helfen Menschen in Not. Auch, weil wir können. Aber vor allem: weil wir wollen. Wohnen, Sprache, Arbeit, Sport und Kultur sind die wichtigsten Felder der Integration. Gerade dem Sport kommt eine große Chance zu; zum Beispiel beim Fußball zählt, ob jemand mit dem linken Fuß einen sauberen Pass spielen kann und nicht, wie er aussieht oder wo er herkommt.

Auf die Kommunen kommen in den nächsten Monaten und Jahren riesige Aufgaben zu – auf Bund und Länder große Ausgaben. Und diese Trennung zwischen Aufgaben und Ausgaben sollten wir auch so strikt halten. In den Städten, Dörfern und in den Landkreisen sitzen die Helfer, die sich um die Flüchtlinge kümmern, viele von Ihnen tun das ehrenamtlich. Danke, Sie sind großartig!

Die Verwaltungen und Hilfsorganisationen laufen seit Monaten im Ausnahmestadium, um Unterkünfte für tausende Flüchtlinge bereitzustellen und zu betreiben. Wir bieten Sprachkurse, wir unterstützen Kleidersammlungen, wir kümmern uns um die minderjährigen Flüchtlinge, die ohne Eltern nach Deutschland gelangen. Vieles geschieht ehrenamtlich, aber auch die Hauptamtlichen in den Rathäusern leisten Großes und kaum jemand schaut auf Überstunden. Mittlerweile haben die Kommunen die Situation ganz gut im Griff. Und damit das so bleibt, müssen sie von der Aufgabe befreit bleiben, wie das alles zu finanzieren ist.

Die Finanzierung der Fluchtkrise ist Aufgabe von Bund und Ländern. An diesem Satz lasse ich nicht rütteln. Die Kommunen haben keinerlei Einfluss auf außenpolitische Strategien Deutschlands oder der EU, wir sitzen nirgends mit am Tisch. Wir entscheiden auch nicht mit, wenn es um die Finanzausstattung der Kommunen

geht, dies wird zwischen Bund und Ländern ausgehandelt. Wir machen unsere Arbeit, und das bedeutet in diesem Fall: Wir helfen, wo immer es geht. Und ich erwarte, dass Bund und Länder ebenso ihre Arbeit erledigen, dass beispielsweise effektive Asylverfahren endlich greifen – aber vor allem, dass die Finanzierung klar ist. Wenn sich der Eindruck breit macht, wir würden andere Aufgaben vernachlässigen, weil die Flüchtlingsfrage unsere Ressourcen über Gebühr beansprucht, dann werden wir es in Deutschland und in Sachsens schwer haben. Die Frage darf nie lauten: Geld für Flüchtlingsunterbringung oder Geld für neue Schultoiletten? Die Schulen sind gesetzt, ohne Wenn und Aber. Und um die Flüchtlinge müssen wir uns zusätzlich kümmern. Ich erwarte, dass Bund und Länder dies zu hundert Prozent finanzieren.

Es ist oft von „Bereicherung“ die Rede, wenn es um Zuwanderung geht. Ganz am Ende kann es uns gesellschaftlich und auch wirtschaftlich tatsächlich besser gehen. Aber so weit sind wir noch lange nicht. Und es ist auch nicht zwingend, dass sie erfolgreich ist. Aber es liegt in unseren Händen, die Zuwanderung so zu gestalten, dass wir am Ende sagen können: Es geht uns allen jetzt besser als zuvor. Das verlangt zunächst den Willen aller Beteiligten aufeinander zuzugehen, uns unsere Geschichten zu erzählen und uns als Menschen zu begegnen; es wird nötig sein, auch Rückschläge zu verkraften. Und es braucht einen langen Atem. „Grenzen dicht“ zu fordern, wird uns überhaupt nicht helfen. Denn die Menschen werden aus Krieg und Not ihren Weg zu uns finden. Nutzen wir die Chance, aufeinander zuzugehen, realistisch und menschenfreundlich, ohne Schönreden, aber mit Klarheit und Aufrichtigkeit.

Quelle: Sachsenlandkurier 2/2016

Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Engagement für eine Zukunftsbranche – neues Städtenetzwerk für mehr Bio

Von Dr. Ulrich Maly und Dr. Peter Pluschke

Seit 2010 arbeiten Städte, die den Ökolandbau und Bio-Lebensmittel fördern, zusammen. Anfang Februar 2016 fand nun das offizielle Gründungstreffen des Netzwerkes der deutschen Bio-Städte in Augsburg statt. Die zunächst lose Zusammenarbeit hat sich voll bewährt, so dass nun die formale Gründung mit Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung vollzogen wurde. Im Fokus des Bio-Städte Netzwerkes stehen der Erfahrungsaustausch, gemeinsame Projekte, die Akquise von Fördermitteln und öffentlichkeitswirksame Aktionen. Durch das gemeinsame Auftreten soll auch das politische Gewicht erhöht werden. Möglichst viele Städte, Gemeinden und Landkreise sollen sich deshalb dem Netzwerk anschließen. Die bislang aktiven Städte sind: Augsburg, Bremen, Darmstadt, Freiburg, Hamburg, Heidelberg, Ingolstadt, Karlsruhe, Lauf/Pegnitz, München, Nürnberg, Witzenhausen.

Diese Städte haben eine Kooperationsvereinbarung als Basis für die Zusammenarbeit formuliert. Darin enthalten sind die Ziele des Netzwerkes.

- Den Ökolandbau, die Weiterverarbeitung und die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln mit kurzen Transportwegen und regionaler Wertschöpfung fördern.
- Vorrang für Bio-Lebensmittel bei öffentlichen Einrichtungen, Veranstaltungen und Märkten gewähren. Insbesondere bei der Essenversorgung von Kindern und Jugendlichen auf gesunde Bio-Lebensmittel setzen.
- Über vielfältige Aktionen, Veranstaltungen und Maßnahmen private Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch Betriebskantinen und Cateringunternehmen ansprechen.
- Im Rahmen der Wirtschaftsförderung die Bio-Branche vernetzen und Arbeitsplätze in einer Zukunftsbranche fördern.
- Darauf hinwirken, dass sich die staatliche Förderpolitik wesentlich stärker auf die Bio-Branche und entsprechende Kooperationsprojekte fokussiert, und agrarpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen enger mit den kommunalen Aktivitäten verzahnt werden.

Alle interessierten Städte sind eingeladen, das Netzwerk kennenzulernen und darin mitzuarbeiten. Das Netzwerk der Bio-Städte ist ein Aktiven-Netzwerk im besten Sinne, ohne feste Organisationsform und Mitgliedsbeiträge. Je nach Projekt und Aktion wird die Finanzierung gemeinsam besprochen und festgelegt. In der Kooperationsvereinbarung ist auch beschrieben, was eine Bio-Stadt ausmachen sollte. Die Kooperationsvereinbarung kann auf der Website www.biostaedte.de heruntergeladen werden. Es gibt vier Kriterien, die nicht sofort, aber im Laufe der Zeit von Bio-Städten erfüllt sein sollten.

Bio-Städte ...

- haben einen entsprechenden Ratsbeschluss,
- verfolgen selbst definierte Ziele,
- setzen Projekte, Aktionen und Maßnahmen um,
- benennen eine zuständige Stelle bzw. Ansprechperson.

Gefördertes Projekt: Mehr Bio-Lebensmittel in der kommunalen Beschaffung

Öffentliche Auftraggeber in Deutschland beschaffen jährlich Produkte, Bau- und Dienstleistungen in einem Umfang von rund 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2010 lag das Einkaufsvolumen bei knapp 480 Milliarden Euro, mit jährlich steigender Tendenz. Etwa die Hälfte entfällt auf die Kommunen. Werden insbesondere Lebensmittel nachhaltig beschafft, so stellt dies einen mehrfachen Vorteil dar, sowohl für die öffentliche Hand selbst, als auch für die Gesellschaft, die Umwelt und das Wohl zukünftiger Generationen. Wichtiges Anliegen der Bio-Städte ist es deshalb, den Bio-Anteil in der öffentlichen Beschaffung in Kantinen, Krankenhäusern, Schulen und Kitas und bei Märkten und Veranstaltungen kontinuierlich zu steigern. Beispiel: Der Anteil an Biolebensmitteln beträgt in Nürnbergs städtischen Kitas mittlerweile 40 Prozent, in den Schulen sind es 20 Prozent. Bis 2020 will die Stadt in den Kitas 75 Prozent, in den Schulen 50 Prozent und in den weiteren Einrichtungen 25 Prozent biozertifizierte Lebensmittel anbieten.

Um gesetzliche und vergaberechtliche Sicherheit zu schaffen und die Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung anschaulich darzustellen, hat das Bio-Städte-Netzwerk ein gemeinsames Projekt mit dem Titel „Mehr Bio in Kommunen“ auf den Weg gebracht. Wichtiger Unterstützer ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Mitteln aus dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft. Ergebnis wird eine beschaffungsrechtliche Expertise und ein Praxisleitfaden „Strategien und Konzepte zur erfolgreichen Einführung von Bio-Lebensmitteln im Verpflegungsbereich von Kommunen“ sein. Ab Juni/Juli 2016 wird der Leitfaden auf der Website www.biostaedte.de als Download zur Verfügung stehen und deutschlandweit in Veranstaltungen vorgestellt werden.

Weitere Ansatzpunkte für Städte

Kommunen leisten wichtige Informations- und Motivationsarbeit über Veranstaltungen, Aktionen und Bildungsprojekte. Bei Veranstaltungen, wie dem Biofest „Bio erleben“ in Nürnberg mit bis zu 40.000 Besuchern, kommen Menschen oft zum ersten Mal mit Biolebensmitteln in Berührung. Schätzungsweise werden fünf bis zehn Prozent der Besucher anschließend zu neuen Kunden im Biofachhandel und bei Biounternehmen. Kommunen erleichtern so den Marktzugang für Verbraucher.

Entlang der gesamten Wertschöpfungskette erfüllen Städte eine weitere wichtige Funktion: Sie vernetzen Unternehmen und erschließen neue Märkte. Durch gemeinsame Projekte mit Erzeugern, Verarbeitern und Handel können neue Produkte platziert und die regionale Wertschöpfung gestärkt werden. In Nürnberg geschieht dies mit Urgetreide, Gemüse, Streuobst und Fleisch. Beim Urgetreide brachte die Stadt zum Beispiel alle Akteure an einen Tisch, um Anbau und Verkauf von Emmer und Kreuzritterweizen zu fördern. Forciert wird die direkte Kooperation zwischen Landwirten und Verbrauchern auch durch die Initiative Solidarische Landwirtschaft (SOLAWI), die mit dem Projekt „Stadt, Land, Beides“ auf eine gemeinschaftlich getragene Landwirtschaft aufbaut. Auf die kommunale Kompetenz setzen die Bundesländer Bayern und Hessen mit ihren „staatlich anerkannten Öko-Modellregionen“, bei denen Gemeindeverbände die Chance erhalten, zukunftsfähige Ideen zur Entwicklung des Ökolandbaus in ihren Kommunen umzusetzen. Nürnberg hat diesen Titel im Verbund mit zwei angrenzenden Landkreisen erlangt.

Warum Bio und die Bio-Branche?

Die Bio-Branche ist eine der nachhaltigsten und zukunftsträchtigen Branchen, wie die Entwicklung der BioFach, der Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel, eindrucksvoll zeigt. Durch die beachtliche Zahl an Unternehmen und Arbeitsplätzen erlangt die Biobranche an wirtschaftlicher Bedeutung und ist insofern in Städten ein lohnendes Betätigungsfeld für die Wirtschaftsförderung. Der ökologische Landbau schont Böden, sorgt für weniger belastetes Abwasser, fördert die Artenvielfalt und trägt dazu bei, unser Klima zu schonen. All dies sind wichtige Aspekte, an denen Umweltverwaltungen ansetzen. In Biolebensmitteln finden sich mehr sekundäre Pflanzeninhaltsstoffe, eine größere Vielfalt gesundheitsfördernder Bakterien, weniger Rückstände von Agro-Chemikalien, Kunstdünger und Zusatzstoffen. Aus diesen Gründen setzen sich Ernährungsberater zunehmend für Biolebensmittel ein. Die steigende Bedeutung zeigt sich auch im Kongress StadtLandBio, der im Februar wieder parallel zur BioFach in Nürnberg stattfand. 170 Teilnehmer diskutierten die Chancen, Möglichkeiten und Herausforderungen, die nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft hat, und wie sich diese in der kommunalen Beschaffung, beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten oder im Tourismus und bei Veranstaltungen gewinnbringend umsetzen lässt. Dieser Kongress wird im Jahr 2017 wieder stattfinden.

Insgesamt zeigt sich, dass der Ökolandbau und die Bio-Branche ideal sind, um Städte und Region stärker miteinander zu vernetzen. Gerade Großstädten kommt immer mehr die Aufgabe zu, die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen, regionalen Lebensmitteln zu sichern. Insofern ist es naheliegend, dass sich Städte sowohl auf deutscher (Netzwerk Bio-Städte) als auch auf europäischer Ebene (Organic Cities Network, Città del Bio) vernetzen, um den Ökolandbau, die regionale Produktion, eine nachhaltige Verbrauchs- und Esskultur sowie den Verzicht auf Gentechnik in Lebensmitteln zu fördern. Weitere Informationen finden Sie unter www.biostaedte.de sowie www.stadtlandbio.de.

Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Dr. Peter Pluschke
Referent für Umwelt und Gesundheit
Stadt Nürnberg, Sprecher des Netzwerkes
Bio-Städte Deutschland



DA DEUTSCHES
AUSSCHREIBUNGSBLATT

Das Auftragsportal.

eVergabe

mit "Vergabeservice" – so einfach wie ein Handschlag

- ✓ Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Vergabeunterlagen
- ✓ Digitale Angebotsabgabe
- ✓ Eigene Bieterdatenbank mit Gewerkeverschlüsselung und Nachweismanagement
- ✓ Webbasierend – einfach und sicher
- ✓ Erweiterbar durch das Modul Vergabemanagement
- ✓ Rechtskonform - erfüllt u.a. die EU-Vergaberichtlinie RL 2014/24/EU

JETZT KOSTENLOS REGISTRIEREN!

➤ deutsches-ausschreibungsblatt.de/evergabe

Wolfenbüttel: Forschung über Intensität elektromagnetischer Felder

Unsere Umwelt ist voller elektromagnetischer Felder. Jedes elektrische Gerät strahlt sie ab, insbesondere aber auch Hochspannungsleitungen oder Funkmasten. Um Messdaten über die Feldstärkeverteilung in deutschen Städten aufzunehmen und für vielfältige Anwendungen nutzbar zu machen, läuft an der Fakultät Elektrotechnik der Ostfalia Hochschule in Wolfenbüttel das Projekt feldkarte.de. Mithilfe eines dort entwickelten mobilen Messsystems kann die Intensität von elektromagnetischen Feldern erfasst werden. Mittlerweile waren die Forscher in 50 Städten unterwegs, um dort die Verteilung zu messen. Das Ergebnis: Nirgendwo wurden bislang die gesetzlichen Grenzwerte überschritten. Tendenziell sind die Messungen in Städten allerdings höher als auf dem Land, erhöht sind sie auch in Industriegebieten und in der Nähe von Funkmasten.

Die Messungen wurden digitalisiert und auf einer Deutschlandkarte eingezeichnet. Die Daten sind allgemein zugänglich und abrufbar unter www.feldkarte.de.

Düsseldorf: Schülergruppe gewinnt mit Bildungs-App Ideenwettbewerb

Zehn Schülerinnen und Schüler aus Düsseldorf haben den ersten „Hackathon“ gewonnen, ein digitaler Ideenwettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen. Ihre Idee: Mittels einer Quiz-App wird die Stadt Düsseldorf Touristen aber auch interessierten Einheimischen näher gebracht. Auf der Grundlage von frei verfügbaren Geodaten werden die Nutzer zu besonderen Plätzen geführt, wo sie Aufgaben erledigen oder Fragen beantworten müssen und so die Stadt näher kennen lernen. Belohnt wurde die Idee mit 5.000 Euro, die das Entwicklungsteam nun in die Verbesserung von Idee und Design ihres Prototyps stecken wollen.

Der „Hackathon“ stand unter dem Motto „Hack für Deine Bildung! Open Data Anwendungen für NRW“ und sollte im Rahmen eines Wettbewerbs die Chancen und Möglichkeiten von Open Data ausloten.

Der nächste „Hackathon“ findet am 3. September 2016 statt. Weitere Informationen sind zu finden unter www.open.nrw.

Fachinformationen

Deutscher Bürgerpreis 2016 – Integration gemeinsam leben

Der 14. Deutsche Bürgerpreis hat in diesem Jahr den Schwerpunkt „Deutschland 2016 – Integration gemeinsam leben“. Mit dem Preis sollen Personen, Projekte und Unternehmer ausgezeichnet werden, die zeigen, wie man Geflüchtete integrieren und Menschen in das gesellschaftliche Leben einbeziehen kann. Bewerbungen und Vorschläge können bis 30. Juni 2016 eingereicht werden. Das Schwerpunktthema Integration gelingt oft im Kleinen: Wenn in der Gesellschaft etablierte Menschen anderen die Türen öffnen. Wenn sie ihnen die Hand reichen und Wertschätzung entgegenbringen. Und natürlich auch, wenn sie ihnen die Werte unserer Gesellschaft vermitteln. Der Deutsche Städtetag ist Partner des Deutschen Bürgerpreises. Das Ziel des Deutschen Bürgerpreises ist es, möglichst viele Bereiche des Ehrenamts anzusprechen und die Vielfalt der Freiwilligentätigkeit zu würdigen. Weiter Informationen finden Sie unter www.deutscher-buergerpreis.de.

KfW-Programm: Schutz für Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften

Geflüchtete Frauen und ihre Kinder, denen in der Vergangenheit schreckliche Erlebnisse widerfahren sind, die sexuelle Gewalt erleiden mussten oder Opfer von Menschenhandel wurden, haben einen besonderen Schutz- und Beratungsbedarf. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die KfW wollen die Kommunen bei der Finanzierung entsprechender baulicher Schutzmaßnahmen in Flüchtlingsunterkünften unterstützen. Ab sofort stehen Städten Darlehen für Investitionen in den Neu- und Umbau sowie für den Erwerb von Flüchtlingsunterkünften zur ausschließlichen Nutzung durch Frauen und Kinder zur Verfügung. Darüber hinaus wird die Umsetzung baulicher Schutzmaßnahmen in Flüchtlingsunterkünften mit gemischter Belegung gefördert. Für diese Sonderförderung nutzt die KfW ihr bestehendes Programm Investitionskredit Kommunen (IKK). Insgesamt stehen bis zu 200 Millionen Euro zur Verfügung. Hinweise zum Programm finden Sie auf www.kfw.de/fluechtlingshilfe.

Handbuch zur Nachhaltigkeit in Kommunen erschienen

Nachhaltiges Handeln stellt eine der wichtigsten Herausforderungen für moderne Verwaltungen dar. Um diesen Prozess zu unterstützen hat die Leuphana Universität Lüneburg als Ergebnis eines dreijährigen Projekts das Handbuch „Kommunale Verwaltung nachhaltig gestalten“ veröffentlicht.

Gefördert wurde die Publikation durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Projektbeteiligte waren die Stadtverwaltungen aus Freiburg im Breisgau und der Hansestadt Lüneburg, außerdem das Institut für den öffentlichen Sektor e.V. In dem Handbuch werden Wege für die Nachhaltigkeitssteuerung in und durch die Kommunalverwaltung aufgezeigt und Hilfestellungen für Verwaltungen gegeben, um einen individuellen Weg zu nachhaltigerem Arbeiten zu finden.

Schritt für Schritt erklärt das Handbuch, wie Verwaltungen zunächst Zielvorgaben erarbeiten und Strategien und Methoden entwickeln, diese Ziele zu erreichen, beispielsweise in Dialogveranstaltungen mit der lokalen Wirtschaft und Akteuren der Zivilgesellschaft.

Das Handbuch ist als kostenfreier Download auf der Homepage der Leuphana Universität abrufbar unter www.leuphana.de.

Buch „Kommunale Unternehmen“ in erweiterter Neuauflage erschienen

Das Buch „Kommunale Unternehmen“ von Ulrich Cronaue ist in sechster aktualisierter und deutlich erweiterter Ausgabe erschienen. Ob Organisations- und Rechtsformen der kommunalen Unternehmensführung oder die Grenzen wirtschaftlicher Tätigkeit von Kommunen – die Neuausgabe behandelt viele Fragen und Probleme, die bei der Leitung eines solchen Unternehmens auftauchen können. Darüber hinaus wirft es auch einen Blick auf allgemeine kommunalpolitische Probleme, wie etwa die Energiewende, die vermuteten Auswirkungen des TTIP-Abkommens oder den demografischen Wandel.

Angereichert mit diversen Grafiken, praktischen Beispielen und Arbeitshilfen ist das Buch als Hilfe für Entscheidungsträger in den Gemeindevertretungen und Verwaltungen zu verstehen. Es ist erschienen im Erich Schmidt Verlag und kostet 84 Euro (ISBN 978-3-503-13658-2).

Studie zu Mobilitätsstationen in Städten veröffentlicht

Mobilitätsstationen bündeln Fahrradverleih, Carsharing und ÖPNV-Haltepunkte an einem Standort und ermöglichen so einen bequemen Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln. Eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung beauftragte Studie mit dem Titel „Neue Mobilitätsformen, Mobilitätsstationen und Stadtgestalt“ stellt nun praktische Beispiele vor, wie Städte solche Stationen umsetzen. Die Mobilitätsstationen machen umweltfreundliche Verkehrsmittel einfacher zugänglich und setzen Anreize zur Entwicklung neuer Fortbewegungsmittel. Die Studie zeigt, wie dies intelligent umgesetzt und in das Erscheinungsbild einer Stadt integriert werden kann. Die Bandbreite der Stationen reicht dabei von einfachen Stelen bis hin zu aufwändig gestalteten Bauwerken, in denen zum Beispiel öffentliche Fahrradverleihsysteme und Fernbus-terminals integriert werden können. Die Studie kann kostenfrei heruntergeladen werden unter www.bbsr.bund.de.

Auslobung des Deutschen Verkehrsplanungspreises 2016

Zum vierten Mal lobt die Vereinigung für Stadt-, Raum- und Landesplanung den Deutschen Verkehrsplanungspreis aus. Unterstützt wird der Preis durch den Deutschen Städtetag und die Gemeinschaftsinitiative Nationale Stadtentwicklungspolitik. Mit dem Preis sollen gute Beispiele sichtbar und bekannt gemacht werden, die sich gleichermaßen durch eine integrierte Verkehrsplanung, hohe Gestaltqualität, eine verbesserte Umweltsituation und gelebte Planungskultur auszeichnen. Gesucht werden stadt- und verkehrsplanerische Konzepte und Projekte von Hauptverkehrsstraßen in Städten, wie auch von Ortsdurchfahrten kleinerer Orte, durch die eine nachhaltige Mobilität möglich, Aufenthaltsqualität gefördert und auch Ziele der Lärminderung, der Luftschadstoffreduktion und des Klimaschutzes erreicht werden. Die Auslobung richtet sich an Planungsbüros, Kommunen und andere Träger der Planung sowie an zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Wettbewerb ist auf Projekte aus den Jahren 2012 bis 2015 beschränkt. Die Preisverleihung ist am 13. Oktober 2016 auf der Jahrestagung der SRL in Berlin. Wettbewerbsbeiträge müssen bis zum 14. Juni 2016 eingegangen sein. Weitere Informationen gibt es auf der Website der SRL www.srl.de.

Als dynamische und kreative Führungspersönlichkeit mit Weitblick überzeugen Sie durch kulturelle und menschliche Kompetenz!



Keine Stadt wie jede andere! Mitten im Ruhrgebiet gelegen, ist Gelsenkirchen mit seinen 260.000 Einwohnern eine Stadt im Wandel, eine Stadt mit Potenzial. Ob blaue Fankurve, grüne Halden, monumentale Industriedenkmäler oder Zukunftstechnologien – bei uns lässt sich vieles entdecken. Wer Zukunft mitgestalten will, ist bei uns genau richtig. Wir sind es gewohnt anzupacken. Zahlreiche Auszeichnungen in jüngster Zeit zeugen davon, dass Gelsenkirchen sich erfolgreich auf den Weg gemacht hat.

Ab dem 01.10.2016 suchen wir im Zuge einer Nachfolgeregelung eine zielstrebige und entscheidungsfreudige Persönlichkeit, die als

Beigeordnete/-r für Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration

diesen Vorstandsbereich motivierend und überzeugend führt.

Die Wahlzeit beträgt 8 Jahre. Neben den Dienstbezügen der Besoldungsgruppe B 5 des ÜBesG NRW wird eine Aufwandsentschädigung in der gesetzlich zulässigen Höhe gewährt.

IHRE KERNAUFGABEN

- ▶ Verantwortungsvolle Leitung dieses herausgehobenen Vorstandsbereiches einschließlich der Referate Kultur, Außerschulische Bildung, Erziehung und Bildung, des Schulamts, des Instituts für Stadtgeschichte, der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung GeKita, sowie der Stabsstellen Kommunales Bildungsbüro, Kommunales Integrationszentrum und des Sportbeauftragten
- ▶ Zielorientierte Führung von ca. 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

UNSERE ANFORDERUNGEN

- ▶ Nachweisbare fachliche Voraussetzungen und eine ausreichende Erfahrung gemäß § 71 Abs. 3 Satz 1 Gemeindeordnung NRW
- ▶ Mehrjährige Berufserfahrung in einer Führungsposition, idealerweise im kommunalen Bereich
- ▶ Ausgeprägte Fähigkeit zum analytischen Denken und Handeln

Eine andere Abgrenzung des Geschäftskreises bleibt dem Rat der Stadt vorbehalten.

Sie besitzen Engagement und Kooperationsbereitschaft sowie eine hohe soziale und kommunikative Kompetenz und wissen, worauf es in dieser Schlüsselposition ankommt.

Wir würden uns freuen, wenn Sie Ihren zukünftigen Wohnsitz in Gelsenkirchen einnehmen.

Die Stadt Gelsenkirchen engagiert sich für Chancengleichheit.

Interessiert? Bewerben Sie sich direkt bei der von uns beauftragten Beratungsgesellschaft **zfm**. Bei Fragen stehen Ihnen dort absolut vertraulich unter der Rufnummer 0228/265004 unsere Berater/-innen Rebecca Lammertz, Barbara Morschhaeuser oder Edmund Mastiaux gerne zur Verfügung. Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte unter Angabe der Kennziffer **GEL/03/16**, idealerweise per E-Mail, bis zum **30.04.2016** an **service@zfm-bonn.de**.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!



zfm – Zentrum für Management- und Personalberatung, Edmund Mastiaux & Partner, Meckenheimer Allee 162, 53115 Bonn, Telefon: 0228/265004, E-Mail: service@zfm-bonn.de, Weitere Stellenangebote: www.zfm-bonn.de

Geburtstage



Josef Deimer, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Landshut, feiert am 29. Mai seinen 80. Geburtstag. Er ist seit dem Jahr 2005 Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages. Zuvor stand er 35 Jahre lang an der Stadtspitze und wirkte 20 Jahre im Präsidium des Deutschen Städtetages mit. 10 Jahre

war er stellvertretender Präsident des kommunalen Spitzenverbändes.



Dr. Viola Hahn, Oberbürgermeisterin der Stadt Gera, wird am 4. Mai 60 Jahre alt. Sie ist parteilos und seit 2012 als erste Oberbürgermeisterin der thüringischen Stadt im Amt. Seitdem ist sie auch Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Der Oberbürgermeister der Stadt Fürth, **Dr. Thomas Jung** (SPD), wird am 5. Mai 55 Jahre alt. Jung lenkt die Geschicke der Stadt seit 2002 und wurde zwei Mal im Amt bestätigt.



Brigitte Merk-Erbe, Oberbürgermeisterin der Stadt Bayreuth, feiert am 18. Mai ihren 60. Geburtstag. Sie steht seit 2012 an der Stadtspitze und ist seit 2014 Mitglied im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Merk-Erbe gehört der Freien Wählervereinigung Bayreuther Gemeinschaft an.

Fotos: Stadt Landshut; Dr. Viola Hahn, privat; Stadt Fürth, Söllner; Stadt Bayreuth.

Neue Publikation: „Urbane Agenda für die Europäische Union – Sichtweisen und Perspektiven des Deutschen Städtetages“

Europa ist ein Kontinent starker Kommunen. Bürgernähe realisiert sich vor Ort in den Städten. Deshalb ist es für eine erfolgreiche Politik der Europäischen Union unverzichtbar, die Erfahrungen und das Potenzial der Städte zu nutzen und die Bedürfnisse der Kommunen mehr zu beachten.

Es war ein wichtiges Signal, dass die Europäische Kommission im Februar 2014 den Startschuss für eine europaweite urbane Agenda gab. Die urbane Agenda des Deutschen Städtetages für die Europäische Union ist ein Beitrag für diese erste europäische Agenda der Städte.

Die Urbane Agenda des Deutschen Städtetages für die Europäische Union erscheint als Band 105 der Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik. Die Publikation hat 60 Seiten, ISBN 978-3-88082-287-0, und steht im Bereich Publikationen, Beiträge zur Stadtpolitik kostenfrei zum Download zur Verfügung unter www.staedtetag.de/publikationen/beitraege.

»» Wir investieren, damit unsere
Gemeinde attraktiv bleibt. Für die
Großen und die Kleinen.

Mit den KfW-Förderkrediten für Kommunen
und kommunale Unternehmen.



Ob Kinderbetreuung, Energiewende oder demografischer Wandel: Als größte deutsche Förderbank unterstützt Sie die KfW dabei, den Herausforderungen eines modernen Gemeinwesens gerecht zu werden. So erhalten Kommunen, kommunale Unternehmen und soziale Organisationen günstige Finanzierungsangebote, um die regionale Infrastruktur zu verbessern. Denn damit bleibt Ihre Gemeinde auch in Zukunft attraktiv für Familien und Unternehmen. Mehr Informationen auf www.kfw.de/infrastruktur

Bank aus Verantwortung

KFW

Finanzen

Nur verschärfte Regeln oder ganz neues Spiel? Modernisierungs- und Konsolidierungsstrategien im Lichte der Flüchtlingssituation

Bundeskongress Haushalt und Finanzen in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
10. und 11. Mai 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Soziales

Vorläufige Inobhutnahme ausländischer Kinder und Jugendlicher nach unbegleiteter Einreise

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag
10. Mai 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Wirtschaft

Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis – Vermittlung der Grundlagen anhand von Fallbeispielen

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag
13. Mai 2016 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Glücksspiel in Deutschland. Versuch einer Standortbestimmung

Bundesweite Fachtagung des Arbeitskreises gegen Spielsucht e.V.
19. Mai 2016 in Unna

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

Kommunale Energiewende

21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement
25. bis 26. April 2016 in Kiel

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seminar städtischer Pressereferenten

Seminar des Deutschen Städtetages
21. bis 23. September 2016 in Gelsenkirchen

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, April 2016

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de